

**Neujahrsrede der
SPD-Bundestagsabgeordneten**

Annette Sawade

SPD-Neujahrsempfang 8.2.2015

Es gilt das gesprochene Wort!



Lieber Kreisvorsitzende und Minister Andreas Stoch,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Herzlichen Dank an den SPD Kreisverband Heidenheim und seinen Vorsitzenden
Minister Andreas Stoch für die Einladung zum Neujahrsempfang.

Als Betreuungsabgeordnete der SPD für diesen Wahlkreis, meiner liegt nebenan
in Schwäbisch Hall Hohenlohe habe ich sie sehr gern angenommen.

Lieber Andreas Dir vielen Dank für die herzliche Begrüßung.

Und natürlich wünsche ich Euch und Ihnen, auch wenn es nun schon reichlich
fünf Wochen alt ist, noch ein gutes, erfolgreiches und hoffentlich frohes Jahr
2015.

Weichenstellung 2015 so heißt mein Thema, ja, wir wollen aktiv die Weichen
stellen!

Allerdings gibt es auch Einflüsse von außen, wo wir dann nur noch gegensteuern
können. Drei Beispiele seien genannt:

Für Heidenheim und vor allem die Voith Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat das
neue Jahr nicht so gut begonnen. Die Problematik wurde bereits vom Minister
angesprochen.

Wenn ein Unternehmen solche Entscheidungen fällt, wie Voith sie für den Bereich
Paper getroffen hat, trifft es die Belegschaft immer hart.

450 Stellen am Hauptstandort sind nicht einfach 450 Stellen, sondern 450 Einzel-
schicksale. Und es sind nicht nur 450 Einzelschicksale, sondern natürlich weit
mehr Menschen, weil auch ihre Familien davon betroffen sind.

Natürlich sollte eine Unternehmensführung möglichst rasch Klarheit in einen lange schwebenden Prozess bringen, aber er ist hier vor Ort ein immenser Einschnitt im Leben dieser Betroffenen.

Ich hoffe, dass der Stil des Miteinanders von Belegschaft, Gewerkschaft und Unternehmensführung eine gemeinsame Lösung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter findet.

Dieses Ereignis zeigt, dass wir als Exportnation sowohl von der europäischen wie auch der außereuropäischen Wirtschafts- und Finanzlage abhängig sind. Und diese Krisensituation hat sich nicht bzw. nur zum Teil verbessert.

Auch wenn wir in Deutschland aktuell keine Neuverschuldung und eine glücklicherweise niedrige Arbeitslosenquote haben. Aber es leben auch 5 Millionen Menschen von Hartz IV und 15% mit einem Armutsrisiko leben, insgesamt 12 Mill. Menschen, das dürfen wir nicht vergessen.

Wir alle haben die **Wahlen in Griechenland** genau beobachtet. Jetzt zeigt sich erneut, dass nur Sparen und kein Investitionsprogramm zum Ankurbeln der Wirtschaft ein Land nicht retten kann.

Das Wahlergebnis ist auch die Folge einer immer größer werdenden Armut in der Bevölkerung, sei es die immens hohe Jugendarbeitslosigkeit oder die schwindenden Renten für die älteren Menschen, bedingt durch enorme Kürzungen in den Systemen.

Das hätte sich hier in Deutschland in dieser Größenordnung keine Regierung getraut. Man hat die Vertreter der alten Regierung abgewählt, weil sie sich eben nicht für das Groh der griechischen Bevölkerung eingesetzt haben und zugelassen wurde, das einige wenige Oligarchen ihre Milliarden außer Landes geschleppt haben und bis heute nicht zur Kasse gebeten wurden.

Die Gefahr eines zunehmenden Nationalismus und Europafeindlichkeit sind die Folgen.

Immerhin hat es Griechenland geschafft, eine Überschussbilanz im letzten Jahr hinzubekommen, das reicht natürlich nicht, um die immensen Schulden abzubauen.

Deshalb bin ich dafür, dass das Land eine weitere Chance erhält, die Schulden gestreckt werden. Griechenland aber im Gegenzug die vereinbarten und beschlossenen Regeln im europäischen Verbund einhält.

Das heißt die Mängel in der Verwaltung, vor allem in der Steuerverwaltung zu beseitigen, die bekanntermaßen ganz schnell die Fantasie bei der Entdeckung von Steuerschlupflöchern sprießen läßt.

Ich erinnere nur an die zahlreichen Selbstanzeigen, als die Gesetzesgrundlagen bei uns geändert wurden.

Ich hatte vor ein paar Tagen eine Gesprächsrunde mit dem Verein Diaphania, der den europäischen Bürgerpreis 2014 erhalten hat. Dort sind viele griechischstämmige Bürgerinnen und Bürger engagiert. Sie berichteten, dass bei der Bevölkerung die Gelder niemals angekommen sind. Ja es war eine Bankenrettung.

Sie hoffen dringend auf weitere Solidarität mit der griechischen Bevölkerung. Hoffen wir, dass sich das Land fängt und extreme Ansichten keinen weiteren Nährboden erhalten.

Wir bereiten gerade in Berlin die Gründung eines deutsch griechischen Jugendwerkes vor, um durch Austausch und Information die jungen Menschen zu ermutigen, aktiv beim Auf- und Umbau ihres Landes zu helfen.

Die Attentate in Paris haben mich und ich denke uns alle tief erschüttert. Auch nach knapp einem Monat gilt den Angehörigen der Opfer aber auch den vielen Verletzten unser Mitgefühl.

Diese Attentate galten nicht nur einer Zeitung, ihren politischen Karikaturen, sie sollten uns alle treffen, unsere freie Welt mit ihren demokratischen Werten und der Unverletzlichkeit der Menschenrechte.

Wir werden auch weiter unsere freiheitlichen Grundwerte, unsere Demokratie verteidigen. Dazu gehören Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Es war sehr wichtig, daß die europäischen Nationen Seite an Seite ihre Solidarität mit dem französischen Volk gezeigt haben. Islamismus gehört nicht zu Europa, gläubige Muslime schon.

Und: wir müssen Demokratie und Politik, unser politisches System besser erklären, die Menschen einbinden bzw. ihnen unsere Entscheidungsprozesse erläutern.

Mit einem „die machen ja sowieso was sie wollen“ lasse ich mich nicht abspeisen.

Ja, wir werden Gespräche führen, aber nicht mit den Pegida-Organisatoren, die diese Menschen für ihre fremdenfeindlichen, nationalistischen und antieuropäischen Ziele benutzen.

Unsere Demokratie lassen wir uns nicht durch diese Zünder an unserem demokratischen System kaputtmachen.

Nicht nur in Schwäbisch Hall, sondern auch in Ellwangen wird es demnächst eine Erstaufnahmestelle des Landes für Flüchtlinge geben. Diese Menschen kommen zu uns in ihrer größten Not. Getrieben von Krieg und Elend suchen sie bei uns – aber nicht nur, sondern in ganz Europa – eine Zuflucht. Diese wollen wir Ihnen geben.

Dazu gehört, ihnen nicht nur ein Bett, ein Dach darüber und Nahrung zu geben, sondern auch eine Lebensperspektive, z.B. die Möglichkeit unsere Sprache zu lernen oder eine Arbeit aufzunehmen.

Bessere Grundlagen dafür haben wir erst kürzlich im Bundestag beschlossen. Schnellere Möglichkeit der Arbeitsaufnahme, mehr Bewegungsfreiheit im Land und Geldleistungen statt Sachleistungen.

Darüber hinaus werden die Kommunen finanziell durch den Bund entlastet. Ich denke, das ist leistbar, wenn man die Flüchtlingslager in der Türkei oder im Libanon betrachtet, wo diese Länder Millionen von Menschen aufgenommen haben.

Deshalb an dieser Stelle mein Dank an die vielen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger hier vor Ort, die in den verschiedensten Vereinen und Gruppen sich den Neuankömmlingen zuwenden und sie willkommen heißen. Dazu gehört natürlich auch der Wille zur Integration.

Wo konnten wir Weichen stellen bzw. wo werden wir sie noch stellen?

Wir haben im vergangenen Jahr als SPD in der Bundespolitik, in der Landespolitik und auch in den Kommunen eine Menge erreicht.

Ich erinnere:

Die abschlagsfreie Rente

Zu Beginn des Jahres 2014 haben wir die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren beschlossen. Das war für die ersten mit dem Erreichen des 63. Lebensjahres verbunden, jetzt wächst der Zeitpunkt des Renteneintritts entsprechend auf. Es ist nur gerecht, dass diejenigen, die entsprechend lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, bis zu 2 Jahre früher als das Regelrentenalter, abschlagsfrei ihre Rente beanspruchen können. Es sind die Menschen, die seit ihrem 14., 15. oder 16. Lebensjahr im Arbeitsleben stehen.

Zeitgleich wurde auch die **Mütterrente** beschlossen. Es ist nicht einzusehen, wieso Kinder, die vor 1992 geboren wurden, zu einem niedrigeren Rentenanspruch ihrer Mütter führen, als die, die nach 1992 geboren wurden.

Diese Ungerechtigkeit haben wir jetzt abgemildert, auch wenn wir sie gern gleich als rentenfremde Leistung aus Steuermitteln finanziert hätten.

Das war ein Kompromiss der dem Koalitionspartner geschuldet wurde.

Die Energiewende

Wir haben einen ersten großen Schritt gemacht um die Energiewende bezahlbar zu halten und gestaltbarer zu machen. Auch wenn es viele harte Einschnitte gab, die auch uns wehgetan haben, konnten die Strompreise dieses Jahr sogar erstmals wieder sinken.

Wir stehen bei der Energiewende erst am Anfang, vieles ist noch zu regeln. Wenn wir die seinerzeit unter Rot Grün schon mal beschlossene Energiewende in der geplanten Form umgesetzt hätten, wären wir schon sehr viel weiter. Aber es mußte ja erstmal der Ausstieg aus dem Ausstieg und dann wieder ein erneuter Einstieg aus dem Ausstieg kommen, und nun müssen wir erst das Chaos aufräumen.

Ein erster Schritt war die Kosten zu begrenzen, Fördermaßnahmen zu korrigieren und nun geht's an das neudeutsch sogenannte Energiemarktdesign.

Und noch ein paar Fakten, wo wir die Weichen gestellt haben, dass der Reformzug weiterfährt

Die **Pflegereform** wird endlich angegangen

Wir haben eine Familienpflegezeit eingeführt, um diejenigen zu unterstützen, die ihre Angehörigen daheim pflegen wollen und Zeit bekommen, sich um die vielen Formalitäten zu kümmern.

Wir können die Arbeit, die das Pflegepersonal in den Heimen und auch teilweise noch daheim leistet, nicht hoch genug schätzen. Ich bin selbst Vorsitzende eines Diakonievereins, der das Personal in der ambulanten Pflege unterstützt, um auch etwas Druck von Ihnen zu nehmen.

20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung wird es im kommenden Jahr Veränderungen geben.

Der Pflegebegriff wird neu definiert und angepasst. Die Pflegestufen werden reformiert. Sie werden künftig viel individueller an der Hilfe orientiert sein, die ein Betroffener tatsächlich braucht.

Das Elterngeld

Wir haben Verbesserungen und Erleichterungen beim Elterngeldplus erreicht, beide Elternteile können, wenn sie sich die Erziehungsarbeit teilen vom erweiterten Elterngeld und der verlängerten Elternzeit profitieren.

Und dabei trotzdem an ihrem beruflichen Fortkommen arbeiten.

Frauenquote

Wir haben eine Frauenquote beschlossen – endlich!

Ich hätte auch gerne darauf verzichtet, doch mit den freiwilligen Absichtserklärungen der Firmen hat sich ja nichts bewegt in Sachen Gleichstellung. Deshalb nun diese gesetzliche Regelung, die besagt, dass zunächst 30% der Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt sein müssen und wenn nicht genug Frauen da sind, bleibt

eben ein Platz leer. Und wenns nicht läuft, kommen weitere Quoten. Schade – eine Landtagspräsidentin hätte Baden Württemberg auch gut getan.

Und zu guter Letzt der Mindestlohn

Wir haben ihn nach jahrelangen Diskussionen durchgesetzt und eingeführt.

Er gilt nun seit fünf Wochen und er soll auch weiter bleiben. Zunächst 8,50 Euro muss uns die Arbeit pro Stunde einfach Wert sein!

Was ist das eigentlich für ein Geschäftsmodell, wenn Arbeitgeber darauf setzen, dass der Staat den restlichen Lohn über die Möglichkeit des Aufstockens finanziert, wenn sie sich mit seinen Lohnzahlungen unterhalb der Mindestlohngrenze bewegt?

Das hat meines Erachtens nichts mit Marktwirtschaft und gutem Unternehmertum zu tun.

Und so zu tun, man hätte ja nichts gegen den Mindestlohn, aber gegen die Dokumentation der Arbeitszeit, ist m. E. ein vorgeschobener Grund. Jeder Arbeitnehmer dokumentiert bereits heute seine Arbeitszeit, ob über elektronische oder manuelle Systeme. Wieso gilt das dann für **diese** Arbeitgeber nicht ?

Denn am Arbeitszeitgesetz wurde gar nichts geändert, es fällt nur jetzt auf, dass sich manche Branchen einfach nicht daran gehalten haben und einfach getrickst haben, gelinde ausgedrückt.

Für viele Fälle wurden Lösungen gefunden, seien es die Zeitungsaussträger, für Saisonkräfte oder auch im Rahmen abgeschlossener Tarifverträge, wo der Mindestlohn spätestens im Jahr 2017 greift. Es ist interessant, dass sich Firmen bei der Arbeitsministerin über Zollkontrollen im November beschwert haben, da gabs den Mindestlohn noch gar nicht, da war der Zoll nämlich wegen Schwarzarbeitsverdacht dort.

Wegen der momentanen Diskussion über Mindestlohn und Ehrenamt gibt es Gespräche von Andrea Nahles persönlich mit den großen Sportverbänden oder mit den vielen ehrenamtlichen im Kulturbereich.

Deshalb ist bei diesem Thema einfach etwas mehr Gelassenheit angebracht. Wir setzen auch hier den Koalitionsvertrag um, nicht mehr und nicht weniger.

Das war 2014 und welche Weichen stellen wir für 2015 ?

Zunächst ein paar Dinge aus einem meiner Fachbereiche, Verkehr und digitale Infrastruktur:

Allerorten sprechen wir von der Digitalisierung unserer Gesellschaft, Internet 4.0, die vernetzten Maschinen, die sich selbst steuern, sich mit Nachschub versorgen, oder das intelligente Haus, wo der Kühlschrank eine Bestellung absetzt, die Heizung an oder abschaltet u.v.a. mehr. Ein Leben ohne Handy, Internet ?? geht das noch ??

Ich weiß nicht, wie gut die Versorgung hier in Heidenheim ist, aber wir kümmern uns darum, dass nicht Teile unseres Landes und der Bevölkerung abgehängt werden, einfach weil die Versorgung im ländlichen Raum nicht ganz so lukrativ für die Anbieter ist.

Darum müssen und werden wir uns kümmern, im Bund und auch gemeinsam mit den Landespolitikern. Gerade laufen die Verhandlungen mit den Ländern über die weiteren Vergaben von Frequenzen.

Aber auch im **Bereich Verkehr** – Strasse und Schiene bringt das Jahr 2015 einige wichtige Weichenstellungen.

Man benötigt hier einen ziemlich langen Atem, wenn es um die Realisierung von Verkehrsprojekten geht. Möglingen z.B., bekommt nun nach mehr als 56 Jahren seine Ortsumfahrung. Ich kenne aber noch ältere Projekte.

Wir werden in diesem Jahr den Bundesverkehrswegeplan 2015 beschließen. Diesmal soll es wirklich nach Bedarfen und Prioritäten gehen.

Schwerpunkt Erhalt und Sanierung vor Neubau und Spatenstichen als Wahlgeschenke. Diese gab es nämlich zuhauf, besonders im Nachbarland Bayern.

Nach dem Land ist auch der Bund dieser Linie gefolgt. Im Koalitionsvertrag steht dazu: „Nach Jahrzehnten des Netzausbaus steht nun die Substanzsicherung an erster Stelle.“

Die „Holperstrecke“ der A7 zwischen Herbrechtingen und Heidenheim ist so ein Bereich, der nach Sanierung schreit.

Auf Bundesebene hat die SPD für neue Regeln in Sachen Transparenz und Zuverlässigkeit gesorgt.

In Zukunft wird klarer und übersichtlicher für alle dokumentiert sein, wieviel Geld in welches Projekt fließt.

Die Daehre-Bodewig Kommission hat übrigens berechnet, dass man deutschlandweit in den nächsten 15 Jahren jedes Jahr 2,5 Mrd. Euro zusätzlich bräuchte, nur um die Substanz zu erhalten. Momentan stehen 5 Mrd. zusätzlich zur Verfügung. Wir hoffen noch um einiges Geld aus den 10 Mrd. die der Finanzminister plötzlich noch übrig hatte.

Im Bereich des **Schieneverkehrs** müssen wir über die Regionalisierungsmittel neu verhandeln.

Der Bund hat die Umsetzung des Schienenverkehrs in die Hand der Länder gegeben und gibt ihnen die Mittel dafür. Mit der Höhe und dem Verteilungsschlüssel sind die Länder nicht mehr zufrieden und haben einstimmig eine neue Variante und Erhöhung beschlossen.

Damit ist Herr Schäuble wiederum nicht einverstanden. Sie sehen schon, da wird es lange Verhandlungen geben. Das Problem ist nur, dass bei dieser Unsicherheit große Projekte und Bestellungen von neuen Verkehren nicht in Auftrag gegeben werden können.

Wir, die SPD setzen uns in Berlin dafür ein, dass wir hier eine rasche Lösung bekommen. Dies ist ein kleines Beispiel dafür, wie komplex die Politik sein kann. Ich denke Ihnen allen ist es herzlich egal, wer ihnen den Nahverkehr finanziert, wenn er denn nur vorhanden ist.

Denn was bedeutet das für den ländlichen Raum? Und was bedeutet der ÖPNV in einer Gesellschaft, die immer älter wird?

Von uns allen wird Mobilität gefordert und wir wollen auch, dass der ländliche Raum nicht entvölkert wird, weil die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen, die gesundheitliche und die allgemeine Versorgung nicht mehr gewährleistet sind.

Es gibt z.B. hier Firmen, die haben direkt an einem Bahnhof gebaut – doch die Mitarbeiter kommen mit dem Auto, weil der Zug zu selten fährt. Oder es wird doch das Auto benutzt, weil nach 20:00 kein Zug mehr fährt.

Aber Ihnen und Euch kann ich wenigstens zum Bahnhofsumbau gratulieren. Wenn das Gerücht stimmt, das man Bahnchef Grube in seiner Begrüßungsrede hier in Heidenheim das Versprechen, den Bahnhof zu sanieren abgefordert hat, kann ich verstehen, warum er mich in Schwäbisch Hall nicht besuchen kommt.

Und noch ein Wort zu einer **Weiche, die gerade ziemlich klemmt**.

Die Weiche mit dem Namen Maut, nein Infrastrukturpauschale.

Das Gesetz zur Maut liegt ja nun vor aber es wird noch einiges an Beratungsbedarf geben. Als die neue EU-Verkehrskommissarin Bulc neulich bei uns im Verkehrs-Ausschuss war, hat sie sich dazu nur insofern geäußert, dass sie das Gesetz erst bewertet wenn es vorliegt. Wir dürfen gespannt sein, wie es mit der Europakonformität aussieht, es darf die inländischen PKW Fahrer nicht mehr belasten, als heute und es muss am Ende, wenn alle bürokratischen Kosten abgezogen sind, noch eine Geldmenge einbringen, die einen echten Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur darstellt. Und der Bundesrat hat die jetzige Lösung am Freitag erstmal abgelehnt.

Als Vorsitzende des **Unterausschuss Kommunales** im Bundestag kümmere ich mich darum, möglichst viele Beschlüsse, Gesetzesentwürfe die letztlich die Kommunalpolitik betreffen in die Mitberatung zu bekommen. D.h. das wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die Folgen, die Gesetzentwürfe auf die Kommunalpolitik haben, bereits im Vorfeld vor der Beschlussfassung diskutieren und bewerten. Leider ist da unser Koalitionspartner nicht so bereit auch wenn immer das Hohelied auf die Unterstützung der Kommunen gesungen wird. Da hat bisher nur die SPD während der Finanzkrise durch die Konjunkturprogramme richtig geholfen. Und aktuell haben wir Entlastungen in Milliardenhöhe schon im Vorgriff auf ein neues Bundesteilhabegesetz, durch die Übernahme des Bafög, weitere

Mittel für die Kinderbetreuung und für die Flüchtlingsunterbringung bereitgestellt

Und in aller Kürze noch ein paar Baustellen, die wir noch bearbeiten müssen und auch tun:

- Neue Regeln für die Zeitarbeit um auch hier den Missbrauch zu reduzieren,
- effektivere Hilfen für Langzeitarbeitlose entwickeln.
- Reformen der Gesundheitsversorgung und im Pflegebereich
- die schon erwähnte Weiterführung der Energiewende.
- Die Verhandlungen zu TTIP und CETA werden von uns weiterhin kritisch begleitet, am 23. 2. gibt es in Berlin einen weiteren SPD Kongress zu dem Thema. Für uns als Sozialdemokraten gibt es einige no gos, dazu gehören Schiedsgerichte bzgl. des Investorenschutzes – interessant dass ausgerechnet der Verband der Mittelständler , der nun wahrlich nicht zum Fanclub der SPD gehört, genau diese Schiedsgerichte auch nicht will.
 - Keine Abstriche bei den Bereichen der Daseinsvorsorge, keine Aushebelung parlamentarischer Prozesse, keine Einschränkungen beim Verbraucherschutz und Arbeitnehmerrechten.
 - Glatte Ablehnung ohne die Texte zu kennen, ist nicht klug, denn es gibt auch Bereiche, die sinnhaft sein können, wie Standardgleichungen und Zollvereinfachungen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind im Bund, in Baden-Württemberg und in anderen Ländern in der Regierung.

Wir sind in 14 von 16 Landesregierungen beteiligt und stellen 9 Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten, die SPD und sogar die Grünen sind an mehr Landesregierungen beteiligt als CDU und CSU zusammen. Und in den meisten größeren Städten des Landes stellt die SPD die Oberbürgermeister.

Wir haben unsere Mitglieder an entscheidenden Prozessen direkt beteiligt:

Über den Koalitionsvertrag, in Sachsen und Thüringen über die Regierungsbeteiligung und in Berlin über die Nachfolge von Klaus Wowereit.

In Berlin arbeiten wir konsequent und ruhig an der Umsetzung des Koalitionsvertrags der Großen Koalition, es wurde beachtliches erreicht,

einfach nochmal nachdenken in welchen Ministerien sozialdemokratische Ministerinnen und Minister sitzen und wo der Koalitionsvertrag bereits umgesetzt wurde.

Und - wir arbeiten Hand in Hand in Bund und Land und unterstützen uns gegenseitig bei der Arbeit.

Und es ist gut für unser Land, dass in Bund und Land Sozialdemokraten Verantwortung tragen.

Auch im 152. Lebensjahr unserer Partei gehen uns die Energie, die Ideen und der Willen zur Gestaltung einer besseren, einer gerechteren Gesellschaft nicht aus.

Wir werden deshalb darum kämpfen und werben, dass wir 2016 im Land und 2017 im Bund dies mit Regierungsmehrheit umsetzen können

In Heidenheim haben Sie, habt ihr mit Andi Stoch einen „absoluten Spitzenmann“¹ im Landtag sitzen, der diese Werte lebt und für sie einsteht.

Lieber Andi, ich drücke Dir die Daumen, dass das auch in einem Jahr noch so ist und wir gemeinsam das Land besser machen können.

Wir tun was, wir haben gute Leute in der SPD, die SPD muss sich nicht verstecken. Laßt uns gut gemeinsam weiterarbeiten.

Nochmals meine besten Wünsche für 2015 und herzlichen Dank fürs Zuhören.